

Otto M. Schröder Bank
Aktiengesellschaft

GESCHÄFTSBERICHT 2015

GESCHÄFTSBERICHT 2015



LAGEBERICHT DER OTTO M. SCHRÖDER BANK AG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2015

1. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

Die beiden wesentlichen Geschäftsfelder der Otto M. Schröder Bank AG, Hamburg, sind die Vermögensanlage und die Immobilien-Zwischenfinanzierung im Wohnungsbau.

Die Vermögensanlage richtet sich sowohl in der Vermögensberatung als auch in der Vermögensverwaltung an Privatkunden, Stiftungen und institutionelle Kunden. Unsere Kunden in der Zwischenfinanzierung unterstützen wir bei wohnwirtschaftlichen Immobilienprojekten in Hamburg, Berlin und auf Sylt.

Die Bank zeichnen qualifizierte und kompetente Mitarbeiter aus, denen wir für ihre engagierten Leistungen und den Einsatz in einem nicht immer einfachen Geschäftsumfeld an dieser Stelle gerne danken.

Im Jahr 1932 von Otto Martin Willy Schröder in Hamburg gegründet, ist die Otto M. Schröder Bank AG heute eine der wenigen Banken in Deutschland im Familieneigentum.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Konjunkturelle Entwicklung

Die Weltwirtschaft setzte 2015 ihr Wachstum im Bruttosozialprodukt mit 3,1 % (Vorjahr 3,4 %) fort.

Hauptwachstumstreiber waren wieder die Schwellenländer - bei denen China allerdings „nur noch“ um knapp 7 % zunahm. Die USA wuchsen um 2,4 %, das „Euro-land“ verbesserte sich deutlich von 0,8 % auf 1,5 %, wobei Deutschland mit 1,7 % nahezu die gleiche Wachstumsrate wie im Vorjahr aufwies. Wesentlicher Motor dieses Anstiegs war der private und staatliche Konsum. Der deutliche Verfall des Ölpreises sowie die weitere Abwertung des Euros von 1,21 US-Dollar auf knapp 1,09 US-Dollar machten sich insbesondere für energieintensive und exportorientierte Unternehmen positiv bemerkbar.

Die europäische Staatsschuldenkrise ist trotz der positiven Entwicklungen in den früheren Krisenländern Irland, Spanien und Italien sowie der vereinbarten Stabilisierungsmaßnahmen in Griechenland noch nicht beendet. Dementsprechend wenig hat sich die Arbeitslosenquote verbessert, sie liegt in Spanien und Griechenland immer noch über 20 %.

Die Angst vor deflationären Tendenzen nahm zu, da die Inflation deutlich unter der EZB-Zielmarke von 2 % verharrte. Aus diesem Grund und zur Ankurbelung der Wirtschaft insbesondere in den südeuropäischen Ländern kündigte die EZB an, ab dem Frühjahr 2015 Staatsanleihen in Höhe von 60 Mrd. Euro monatlich zu kaufen und so den Märkten zusätzliche Liquidität bereitzustellen. Als weitere Maßnahme in diesem Zusammenhang ist die erneute Senkung des Einlagezinssatzes auf minus 0,30 % zu sehen.

Die US Notenbank Fed erhöhte die Zinsen erstmals seit der Finanzkrise 2008 im Dezember 2015 moderat um 0,25 % auf die Zielmarke von 0,25 % bis 0,50 %.

Kapitalmärkte

Der deutsche Aktienindex DAX schloss das Jahr 2015 mit einem Plus von 9,6 % auf 10.743 Punkte ab. Insgesamt verhielt sich der DAX sehr volatil mit einem Höchststand von 12.391 Punkten am 10. April 2015 und dem Tiefststand am 29. September 2015 mit 9.325 Punkten.

Gewinner im DAX waren die Aktien von Adidas, Fresenius und Infineon, Verlierer waren die Titel von Volkswagen sowie erneut die beiden Versorgeraktien E.ON und RWE.

Große Erträge waren mit Anleihen im Jahr 2015 nicht zu erwirtschaften. So stieg

die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen von 0,55 % auf 0,61 % zum Jahresende 2015, wobei es im Jahresverlauf zu großen Schwankungen der Renditen zwischen 0,10 % und knapp 1 % kam. Bundespapiere mit Laufzeiten bis fünf Jahre wiesen sogar negative Renditen aus.

Der Goldpreis fiel von 1.199 US-Dollar auf 1.060 US-Dollar pro Unze, wobei aus Sicht eines Euro-Anlegers durch den Anstieg des US-Dollar eine nahezu ausgeglichene Performance erreicht wurde.

Immobilienmärkte

Die Immobilienpreise für Wohnimmobilien in den Metropolregionen Deutschlands sind auch im Jahr 2015 weiter gestiegen. Die wesentliche Ursache für diese Entwicklung war, dass der Nachfrage nach Wohnraum trotz gesteigerter Neubauaktivitäten unverändert kein ausreichendes Angebot gegenüberstand. Daneben wurde die Entwicklung des Immobilienmarktes nennenswert durch gestiegene Baukosten, anhaltend niedrige Zinsen, die aus Sicht vieler Anleger mangelnden Anlagealternativen sowie den zusätzlichen Wohnraumbedarf durch Flüchtlinge geprägt.

Der Preisanstieg für Wohnungen in Hamburg hat sich auch im Jahr 2015 fortgesetzt. Während die erzielbaren Kaufpreise für Eigentumswohnungen um rd. 6,3 % im Vergleich zum Vorjahr auf durchschnittlich 3.400 Euro je Quadratmeter stiegen,

verteuerten sich Einfamilienhäuser um rd. 7,7% auf durchschnittlich 4.200 Euro je Quadratmeter. Der Preisanstieg führte auch zu einer verstärkten Nachfrage in bislang günstigeren, stadtrandnahen Lagen.

Unser Zielmarkt Berlin hat sich im vergangenen Jahr positiv entwickelt. Die Angebotspreise für Eigentumswohnungen stiegen um rd. 10% auf durchschnittlich 3.000 Euro je Quadratmeter. Neben den oben genannten Gründen wirkte sich in Berlin auch das anhaltende Bevölkerungswachstum von jährlich rd. 1 % auf den Immobilienmarkt aus. Daneben haben aber auch internationale Investoren verstärkt ihr Augenmerk auf die Hauptstadt als Investitionsstandort geworfen. Im internationalen Vergleich sind sowohl die Miet- als auch Immobilienpreise immer noch niedrig.

Der Immobilienmarkt auf der Insel Sylt ist durch steigende Preise bei einem sinkenden Angebot gekennzeichnet. Neubauprojekte größeren Umfangs wurden mangels Bauland – Sylt steht zu einem wesentlichen Teil unter Naturschutz – nicht realisiert. Der durchschnittliche Kaufpreis für Immobilien liegt mit rd. 9.400 Euro je Quadratmeter deutlich über dem Bundesdurchschnitt.



Geschäftsentwicklung unserer Bank

Unsere beiden Geschäftsbereiche, die Zwischenfinanzierung von Wohnimmobilien und die Vermögensanlage, haben sich im Geschäftsjahr 2015 weiter positiv entwickelt.

In der Vermögensberatung wurden sowohl Neukunden gewonnen als auch bestehende Depotverbindungen weiter ausgebaut. Auch die individuelle Vermögensverwaltung konnte weitere Mandate gewinnen.

Im Kreditgeschäft hat der Immobilienmarkt in Berlin seine starke Bedeutung weiter gefestigt. Weit mehr als die Hälfte unseres Immobilienkreditvolumens entfällt auf diese Region. Die beiden anderen Zielgebiete entwickelten sich eher verhalten.

Insgesamt übertraf die geschäftliche Entwicklung unsere Erwartungen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Am Bilanzstichtag lagen unsere Kundenforderungen mit 166,1 Mio. Euro um 2,7 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Unter Einbeziehung von Bürgschaftsverpflichtungen und offenen Kreditzusagen weisen wir ein um 10,8 Mio. Euro höheres Kundenkreditvolumen von 203,7 Mio. Euro aus.

Refinanziert wurde das gestiegene Kreditvolumen vor allem durch unsere Kundeneinlagen, die um 3,0 Mio. Euro auf 149,8 Mio. Euro zunahmen.

Die Eigenmittel unserer Bank betragen nach den aus dem Ergebnis zugeführten Beträgen (einschließlich Zuführungen zu §§ 340f und g HGB-Reserven) 30,5 Mio. Euro; dieses entspricht einer Erhöhung um rund 18 %. Die Gesamtkapitalquote nach der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) betrug am Bilanzstichtag 11,5 %, die Kernkapitalquote 11,2 %.

Die Otto M. Schröder Bank AG war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die aufsichtsrechtlichen Kennziffern zur Liquidität haben wir durchgängig eingehalten.

Das operative Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern, Wertberichtigungen sowie Zuführungen zur Rücklage nach § 340g HGB) von 8,6 Mio. Euro liegt um 0,7 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis.

Das Zinsergebnis, das fast ausschließlich auf das Kundenkreditgeschäft entfällt, konnte auf hohem Niveau um rund 3 % auf 9,9 Mio. Euro gesteigert werden.

Das Provisionsergebnis blieb nahezu unverändert bei 3,5 Mio. Euro. Steigerungen im Geschäftsbereich Vermögensanlage von 0,4 Mio. Euro wurden durch erwartete Rückgänge im Kreditgeschäft in etwa gleicher Höhe kompensiert.

Gegenüber den konservativ ermittelten Planwerten haben sich diese beiden we-

sentlichen Leistungsindikatoren der Bank deutlich besser entwickelt.

Die Verwaltungskosten unserer Bank stiegen hauptsächlich aufgrund der Personalkosten und der höheren Miete für unsere neuen Räumlichkeiten um 0,4 Mio. Euro auf 5,0 Mio. Euro.

Die Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft bewegte sich auf Vorjahresniveau. Die gebildeten Einzelwertberichtigungen decken die bestehenden Risiken im Kreditportfolio nach unserer Einschätzung ausreichend ab. Daneben haben wir die für latente Risiken vorgesehenen Vorsorgereserven nach § 340f HGB und den Fonds für allgemeine Bankrisiken weiter erhöht.

Notwendige Wertaufholungen bei den Aktien des Anlagebestands führten zu einem nicht vorhersehbaren Ergebnis von 1,2 Mio. Euro.

In der Steuerposition spiegeln sich die Ergebnisse der letzten steuerlichen Betriebsprüfung insbesondere zur Forderungsbeurteilung im Kreditgeschäft wider, die sich auch auf das zu versteuernde Einkommen des Geschäftsjahres 2015 ausgewirkt haben.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss beträgt fast unverändert zum Vorjahr 2,3 Mio. Euro. In die anderen Gewinnrücklagen haben wir vorab 1,0 Mio. Euro eingestellt, so dass sich unter Berücksichtigung des Gewinnvor-

trags ein Bilanzgewinn von 1,4 Mio. Euro ergibt. Es ist beabsichtigt, daraus weitere 1,0 Mio. Euro den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen sowie 0,3 Mio. Euro als Dividende auszuschütten.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Otto M. Schröder Bank AG ist geordnet.

3. NACHTRAGSBERICHT

Bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht haben wir das anteilige Ergebnis unserer Planungsrechnung 2016 übertroffen. Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich in diesem Zeitraum nicht ergeben. Insbesondere waren keine Risiken erkennbar, die einen wesentlichen Einfluss auf die künftige Geschäftsentwicklung der Bank nehmen könnten.

4. BERICHT ÜBER DAS RISIKOMANAGEMENT

Überblick

Die Risikopositionen unserer Bank sind überwiegend im Bereich der Adressenausfallrisiken angesiedelt. Daneben bestehen Liquiditäts-, Ertrags-, Marktpreis- und operationelle Risiken.

Zinsänderungsrisiken sind hingegen in nur geringem Maße vorhanden, namentlich im Rentenportfolio, da wir weder Kredite mit langen Laufzeiten noch zu festen Zinssätzen ausreichen. Mit der Passivseite besteht im Übrigen grundsätzlich Fristenkongruenz.

Unsere Währungsrisiken beschränken sich auf minimale Positionen. Wir führen ausschließlich Kundenaufträge im Kassa- und Terminmarkt aus und betreiben keinen Devisenhandel auf eigene Rechnung.

Geschäfte in Finanzderivaten schließen wir im Auftrag unserer Kunden ab. Einen Eigenhandel in Finanzderivaten haben wir im Berichtsjahr nicht betrieben.

Wir benutzen zur Messung und Steuerung der Risiken ein strategisches Controlling. Die Ziele der Risikopolitik legt der Vorstand unter Beachtung einer rendite- und risikoorientierten Ausrichtung der Bank fest.

Das von uns erstellte Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtbanksteuerung wird

stetig überprüft und an neue regulatorische Anforderungen angepasst. Unverändert verwenden wir den Going-Concern-Ansatz, der von einer Fortführung der Geschäftstätigkeit ausgeht. Unser Risikotragfähigkeitskonzept umfasst alle Bereiche der Bank und deckt erwartete sowie unerwartete Verluste ab. Im Mittelpunkt stehen dabei Limitierung, Überwachung sowie Management der jeweiligen Risiken. Die Limite haben wir so festgelegt, dass selbst bei Kumulierung aller Risiken die Bank die Eigenmittelanforderungen der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) erfüllen würde und in ihrem Bestand nicht gefährdet wäre.

Aufgaben unseres Risikocontrollings sind die Erfassung und zeitnahe Bewertung der Adressenausfall-, Liquiditäts-, Ertrags-, Marktpreis-, Zinsänderungsrisiken sowie operationeller Risiken. Entsprechend erfolgen die Überwachung der vom Vorstand genehmigten Limite sowie die interne und externe Risikoberichterstattung. Extrem starke und schwerwiegende Marktreaktionen bis hin zu einem schweren konjunkturellen Abschwung werden in Stresstests abgebildet und monatlich ihre Auswirkungen auf die Adressenausfall-, Liquiditäts-, Marktpreis- und Zinsänderungsrisiken bemessen. Auch hier wird der Going-Concern-Ansatz angewendet und damit die Fortführung der Geschäftstätigkeit angenommen.

Im Rahmen von inversen Stresstests haben wir die Risikoarten Marktpreisrisiken, Ad-

ressenausfallrisiken, operationelle Risiken, Liquiditätsrisiken und Zinsänderungsrisiken auf für die Bank bestandsgefährdende Ereignisse untersucht. Dabei werden Szenarien konstruiert, in denen die ökonomische Risikotragfähigkeit gefährdet ist und wir die regulatorische Gesamtkapitalquote nach der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) von 8 % nicht mehr einhalten oder unseren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen könnten. Es werden sowohl quantitative als auch qualitative Ansätze verfolgt.

Adressenausfallrisiken

Zu den Adressenausfallrisiken zählen neben jenen des klassischen Kreditgeschäfts auch Länderrisiken und Kontrahentenrisiken aus Handelsgeschäften.

Adressenausfallrisiken bestehen in unserem Haus überwiegend wegen möglicher Wertverluste, die durch Bonitätsverschlechterungen oder den völligen Ausfall von Kundenforderungen entstehen könnten. Die vorgenommene Risikovorsorge deckt nach unserer Einschätzung wahrscheinliche Verluste in unserem Kreditportfolio ab. Sämtliche Informationen, die uns bis zur Aufstellung dieses Jahresabschlusses zur Verfügung standen, haben wir in unsere Risikobetrachtung einbezogen. Entsprechend unserer Kreditrisikostategie haben wir ein Risikoklassifizierungsverfahren implementiert, das seit Anfang 2015 in 16 Risikoklassen aufgeteilt ist und ein detailliertes Abbild unserer Kreditrisiken bietet. Es berücksich-

tigt sowohl die Bonität des Kreditnehmers als auch die Kreditsicherheiten. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts werden die Blankoanteile der Risikoklassen mit ihren Ausfallwahrscheinlichkeiten bemessen. Die Bewertung der Sicherheiten erfolgt nach einem einheitlichen, in unserer Bank standardisierten Verfahren. Daneben werden unerwartete Risiken im Kreditportfolio unserer Bank mittels des Modells CreditRisk+ quantifiziert. Der CVaR (Credit-Value-at-Risk) stellt das unerwartete Verlustrisiko dar und wird monatlich ermittelt. Für potenzielle und zum Bilanzstichtag noch nicht identifizierbare Adressenausfallrisiken haben wir Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Durch die Variation von Ausfallwahrscheinlichkeiten und der Entwicklung von Sicherheitenwerten wird das Adressenausfallrisiko in diversen Szenarien gestresst. Dieses Vorgehen soll gewährleisten, dass die eingegangenen Risiken die Fortführung des Bankgeschäfts in keinem Fall gefährden.

Die Überwachung auf Risikoklassenebene erfolgt täglich. Zusätzlich bestehen auf Einzelkreditnehmerebene wöchentliche und monatliche Kontrollen. Daneben erstellt unser Risikocontrolling vierteljährlich einen Risikobericht, der gesamtgeschäfts- und kreditnehmerbezogene Informationen sowie eine Beurteilung der Risikosituation enthält.

Unsere Kontrahentenrisiken sind nur gering. Auch Länderrisiken bestehen nur in unbedeutendem Ausmaß.

Im Rahmen des Adressenausfallrisikos betrachten wir auch das Risiko aus unseren Beteiligungen. Gegenüber dem Vorjahr haben sich keine Änderungen ergeben. Das Volumen ist weiterhin unbedeutend.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Fall einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) beziehungsweise Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen veräußert werden können (Marktliquiditätsrisiko). Wir beachten die externen Rahmenbedingungen und steuern entsprechend unsere Liquidität.

Auf das Gesamtjahr bezogen betrug das Verhältnis der hochliquiden Aktiva zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten nach der Definition der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Jahresdurchschnitt 3,8. Der von der BaFin mit 1,0 festgelegte Grenzwert wurde zu jeder Zeit übertroffen.

Um zu jedem Zeitpunkt die Begleichung von Zahlungsverpflichtungen durch liquide Mittel gewährleisten zu können, werden monatlich zusätzlich in vier Modellen mögliche Veränderungen im Zahlungs- und Abrufverhalten unserer Kunden untersucht. Für Fälle, in denen Liquiditätsengpässe bestehen soll-

ten, wurden Maßnahmen für die Generierung zusätzlicher Zahlungsmittel festgelegt.

Unter den Annahmen von Zahlungsmittelzu- und -abflüssen sind in der monatlich durchgeführten Berechnung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) keine strukturellen Liquiditätsprobleme erkannt worden. Die im Geschäftsjahr geltende gesetzliche Untergrenze von 60 % haben wir jederzeit eingehalten.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden die Wertschwankungen des Wertpapierportfolios verstanden, die aufgrund sich ändernder Marktpreise und -parameter wie Zinsen, Wechselkursen und Volatilitäten entstehen können.

Um potenzielle Marktwertverluste zu begrenzen, haben wir im Rahmen unseres Risikotragfähigkeitskonzepts ein Verlustlimit auf Basis eines Risikokapitals festgelegt. Die Einhaltung des Limits wird von uns täglich überwacht. Daneben haben wir ein Limitsystem, welches volumenbegrenzend auf unsere eigenen Aktienbestände wirkt und somit zusätzlich die Marktrisiken limitiert. Darüber hinaus messen wir Marktrisiken mittels der Value-at-Risk-Methode. Diese kennzeichnet jenen theoretischen Verlust, der innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums und Konfidenzniveaus bei unterstellten Veränderungen von Marktparametern auftreten könnte.

In monatlich durchgeführten Stress-Szenarien ermitteln wir Höchstwerte möglicher Verluste für einen Zeitraum, in dem sehr starke Marktverwerfungen vorkommen könnten. Die Szenarien wurden so festgelegt, dass zumindest die in der Vergangenheit gemessenen jährlichen maximalen Indexveränderungen abgebildet werden.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind jene, die durch Unzulänglichkeiten und Fehler in Geschäftsabläufen, Projekten oder bei mangelhaften Kontrollen sowie durch Betrug entstehen könnten. Als mögliche Ursachen kommen beispielsweise Mitarbeiter, Mängel in der Technologie oder organisatorischen Strukturen in Frage.

Durch interne Richtlinien, Festlegung von Zuständigkeiten und konsequente Kontrollen überwachen wir diesen Risikobereich. Unsere Verträge und Formulare passen wir stets an geänderte gesetzliche Vorschriften an.

Fast alle Rechtsstreitigkeiten im Rahmen des Urteilsspruchs des BGH vom 13.05.2014 über die Unwirksamkeit von Bearbeitungsentgelten in Darlehensverträgen mit Verbrauchern konnten in 2015 beigelegt werden.

Zusammenfassung der Risikolage

Ausgangspunkt unserer Risikosteuerung sind die Vorgaben des Risikotragfähigkeits-

konzepts. Hierbei berücksichtigen wir Budgetplanung, Eigenkapitalausstattung, stille Reserven sowie erwartete und unerwartete Verluste aus allen Risikosegmenten. Das Konzept wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Unser Controlling überwacht täglich die Marktpreisrisiken sowie die Kapitalquoten der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) und den Liquiditätsgrundsatz. Monatlich werden Stresstests bei den Adressenausfall-, den Marktpreis- und den Liquiditätsrisiken durchgeführt. Darüber hinaus werden quartalsweise im Rahmen unseres Risikoberichts die Adressenausfallrisiken aus Bestands- und Neugeschäften auf Gesamtportfolioebene analysiert und beurteilt. Damit unterliegen die wesentlichen Risiken der Bank einer systematischen und permanenten Überwachung und Analyse.

Die Angemessenheit der Eigenmittel jedes Kreditinstituts wird durch Rahmenbedingungen der Bankenaufsicht geregelt. Die Gesamtkapitalquote nach der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) betrug im Jahresdurchschnitt 11,8 % und am Jahresende 11,5 %. Sie lag damit deutlich über der Untergrenze, die derzeit bei 8 % festgelegt ist. Die Risikotragfähigkeit der Bank war jederzeit gegeben.



5. PROGNOSEN, CHANCEN UND RISIKEN

Der Januar 2016 begann mit einem Paukenschlag am Kapitalmarkt: Ängste um das Wachstum in China sowie in der Folge starke Abschlüge bei den Rohstoffpreisen ließen den DAX um ca. 11 % in den ersten vier Handelstagen des Jahres einknicken, so dass die gesamte Performance des Jahres 2015 an den Aktienmärkten verloren wurde.

Vor dem Hintergrund eines von der Weltbank erwarteten Zuwachses der Weltkonjunktur um ca. 3 % (und eines Zuwachses des deutschen Bruttoinlandsproduktes um ca. 1,7 %) gehen wir in 2016 von weiterhin sehr niedrigen Zinsen aus. Das geht einher mit geringer Inflation in der Eurozone, die aufgrund niedriger Rohstoffpreise deutlich unter dem EZB-Ziel von 2 % bleiben sollte.

Wir erwarten die Rendite für 10-jährige deutsche Staatsanleihen in der Spanne zwischen 0,25 % und 0,75 %, die zum Jahresende erreicht werden könnten. Die EZB wird unseres Erachtens die Minuszinsen weiter erhöhen und gegebenenfalls auch die Staatsanleihekäufe im Volumen weiter ausdehnen.

Der US-Dollar wird sich nach unserer Einschätzung in 2016 in der Bandbreite von 1,15 bis 1 US-Dollar/Euro bewegen. Ausschlaggebend für die Währungsentwicklung dürften im Wesentlichen die politi-

schen Entwicklungen der Eurozone sowie die Ergebnisse der US-Präsidentenwahl sein. Die Fragestellungen in Europa betreffen die Entscheidung der Briten über eine weitere EU-Mitgliedschaft, die einvernehmliche Lösung des Flüchtlingsproblems und die mögliche Schließung der Grenzen in der EU, was zu erheblichen Kosten auch für die Wirtschaft führen würde.

Der DAX sollte im ersten Halbjahr weitestgehend in der Bandbreite zwischen 8.300 und 10.500 Punkten pendeln. Im Laufe des zweiten Halbjahres sind auch Kurse um 11.000 Punkte denkbar.

Gold könnte aufgrund globaler Risiken wie Konflikten, Unsicherheiten an den Börsen und rekordniedrige Zinsen zu neuem Glanz kommen, wir erwarten einen Anstieg auf US-Dollar 1.250/Unze. Auch der Ölpreis sollte sich etwas erholen, weil das Angebot aus dem Iran durch zu schließende Bohrlöcher der US-Frackingindustrie überkompensiert werden dürfte.

Bevorzugte Anlageklassen in 2016 sind bei uns neben Immobilien und Gold weiterhin Aktien, hier insbesondere große, internationale Dividendenwerte. Wir geben dabei Europa den Vorzug vor den USA, da in Europa die Bewertungen niedriger sind.

Im Immobilienbereich erwarten wir auch für das Jahr 2016 in den Metropolregionen eine vom niedrigen Zinsniveau sowie den fehlenden Anlagealternativen begünstigte

anhaltende Nachfrage nach Wohnimmobilien, insbesondere im unteren Preissegment.

Nach den Preissteigerungen der Vorjahre gehen wir in unseren Zielregionen Hamburg und Berlin jedoch von weniger dynamischen Steigerungen aus. Für den Immobilienmarkt auf der Insel Sylt erwarten wir im Jahr 2016 aufgrund des geringen Angebots keine nennenswerten Belebungen.

Auf diesen Erwartungen aufbauend sehen wir gute Chancen, auch weiterhin unser Geschäft in der Immobilienzwischenfinanzierung erfolgreich betreiben zu können.

Vor diesem Hintergrund planen wir im laufenden Jahr mit einem leicht steigenden durchschnittlichen Kreditvolumen bei einer verminderten Zinsspanne. Der Zinsüberschuss dürfte nicht ganz das Ergebnis des Jahres 2015 erreichen. In der Planung gehen wir davon aus, dass sich das Provisionsergebnis im Kreditgeschäft aufgrund des erwarteten Neugeschäfts deutlich reduzieren wird. Auf Basis unserer Kreditstrategie sehen wir die latenten Risiken im Kreditgeschäft in den von uns geplanten Größenordnungen als vertretbar an.

Das gesteigerte Depotvolumen von Kunden in der Vermögensanlage und ein Zuwachs an Neukunden sehen wir als gute Grundlage an, unser Provisionsergebnis in diesem Bereich auszubauen. Dazu wird auch die individuelle Vermögensverwaltung wei-

ter beitragen. Insgesamt erwarten wir ein leichtes Provisionsplus.

Die Verwaltungsaufwendungen haben wir mit allgemeinen Kostensteigerungen von 2 % geplant.

Wertberichtigungen im Kreditgeschäft wurden auf Basis des erwarteten Ausfallrisikos unseres Kreditportfolios ermittelt. Sondereffekte wie weitere Wertaufholungen im Aktienbestand, aber auch das Risiko Abschreibungen vornehmen zu müssen, haben wir in der Planung nicht berücksichtigt.

Gefahren für unser Jahresergebnis 2016 könnten aus einer wider Erwarten starken Zinserhöhung auch zum Nachteil der Immobilieninvestoren, dem Entstehen einer Immobilienblase, einer weiteren Verschärfung der Schuldenkrise und der Schwächung des Wirtschaftswachstums sowie aufgrund von Naturereignissen und politischen Unruhen erwachsen.

Aufgrund unserer Konzentration auf die uns gut bekannten Zielmärkte im Immobiliengeschäft und die hohe Kundenorientierung in beiden Geschäftsfeldern sehen wir uns zusammen mit unseren qualifizierten und engagierten Mitarbeitern gut gerüstet, die sich aufgrund von wirtschaftlichen Veränderungen ergebenden Chancen erfolgreich nutzen zu können.

In Abwägung der beschriebenen Faktoren und vor Berücksichtigung von Gewinn-

verwendungsmaßnahmen sowie Sonderfaktoren aus Wertpapierzuschreibungen haben wir für 2016 eine leichte Ergebnisverschlechterung geplant.

Hamburg, den 19. April 2016

Der Vorstand



Helmuth Spincke



Martin von Hirschhausen

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2015

Aktiva

	31.12.2015		31.12.2014	
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. BARRESERVE				
a) Kassenbestand	4		19	
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken (darunter: bei der Deutschen Bundesbank)	1.336 (1.336)		1.139 (1.139)	
		1.340	1.158	
2. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE				
a) täglich fällig	3.559		3.406	
b) andere Forderungen	450		450	
		4.009	3.856	
3. FORDERUNGEN AN KUNDEN		166.135	163.470	
4. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE				
Anleihen und Schuldverschreibungen				
a) von öffentlichen Emittenten (darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank)	5.010 (5.010)		4.999 (4.999)	
b) von anderen Emittenten (darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank)	2.993 (2.993)		1.991 (1.991)	
		8.003	6.990	
5. AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		1.635	419	
6. HANDELSBESTAND		735	616	
7. BETEILIGUNGEN		127	127	
8. IMMATERIELLE ANLAGEWERTE				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		83	20	
9. SACHANLAGEN		421	401	
10. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		244	294	
Summe der Aktiva		182.732	177.351	

Passiva

	31.12.2015		31.12.2014	
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN				
täglich fällig		0	1.717	
2. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN				
a) Spareinlagen				
mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		34.111	39.310	
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	96.014		93.795	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	19.640		13.650	
		115.654	107.445	
		149.765	146.755	
3. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		73	309	
4. RÜCKSTELLUNGEN				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	331		318	
b) Steuerrückstellungen	1.525		962	
c) andere Rückstellungen	1.471		1.726	
		3.327	3.006	
5. FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISIKEN		7.009	5.000	
(darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB)		(9)	(0)	
6. EIGENKAPITAL				
a) gezeichnetes Kapital		6.850	6.850	
b) Kapitalrücklage		2.577	2.577	
c) Gewinnrücklagen				
andere Gewinnrücklagen		11.773	9.773	
d) Bilanzgewinn		1.358	1.364	
		22.558	20.564	
Summe der Passiva		182.732	177.351	
1. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		2.447	4.276	
2. ANDERE VERPFLICHTUNGEN				
Unwiderrufliche Kreditzusagen		35.111	25.177	

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

	2015		2014
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. ZINSERTRÄGE AUS			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	10.802		10.752
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>9</u>		<u>22</u>
	10.811		10.774
2. ZINSAUFWENDUNGEN	<u>940</u>	9.871	<u>1.149</u>
			9.625
3. PROVISIONSERTRÄGE	3.926		3.878
4. PROVISIONSAUFWENDUNGEN	<u>456</u>	3.470	<u>443</u>
			3.435
5. NETTOERTRAG DES HANDELSBESTANDS (VORJAHR NETTOAUFWAND)		90	205
6. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE		287	75
7. ALLGEMEINE VERWALTUNGSaufWENDUNGEN			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	2.926		2.816
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (darunter: für Altersversorgung)	<u>438</u> <u>(82)</u>		<u>427</u> <u>(71)</u>
	3.364		3.243
b) andere Verwaltungsaufwendungen	<u>1.639</u>		<u>1.386</u>
		5.003	4.629
8. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN		69	35
9. SONSTIGE BETRIEBLICHE aufWENDUNGEN		69	405
10. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT		2.258	2.312

	2015		2014
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
11. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE		0	12
12. ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU BETEILIGUNGEN, ANTEILEN AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTEN WERTPAPIEREN		1.229	0
13. ZUFÜHRUNGEN ZUM FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISIKEN (darunter: Zuführung (Vorjahr Auflösung) Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB)		2.009 <u>(9)</u>	958 <u>(42)</u>
14. ERGEBNIS DER NORMALEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		5.539	4.579
15. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	3.203		2.251
16. SONSTIGE STEUERN, SOWEIT NICHT UNTER POSTEN 9 AUSGEWIESEN	<u>0</u>	3.203	<u>0</u>
			2.251
17. JAHRESÜBERSCHUSS		2.336	2.328
18. GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR		22	36
19. EINSTELLUNGEN IN ANDERE GEWINNRÜCKLAGEN		1.000	1.000
20. BILANZGEWINN		<u>1.358</u>	<u>1.364</u>



ANHANG

ALLGEMEINE ANGABEN

Vorschriften zur Rechnungslegung

Den Jahresabschluss der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2015 haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie den Bestimmungen der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Barreserve wird zum Nennwert angesetzt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert angesetzt. Allen erkennbaren Risiken haben wir durch Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Zur Abdeckung latenter Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus haben wir Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB gebildet.

Einzelwertberichtigungen werden für identifizierte ausfallgefährdete Kredite in Höhe

des erwarteten Ausfalls gebildet, der sich aus der Forderungshöhe abzüglich der zu erwartenden Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten ergibt.

Die Wertpapiere sind entweder dem Anlage- oder dem Handelsbestand zugeordnet. Wertpapiere des Anlagebestands sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Das Wertaufholungsgebot wird berücksichtigt. Wertpapiere des Handelsbestands werden gemäß § 340e HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Die Bewertung erfolgt für sämtliche Wertpapiere auf der Basis von Börsen- oder Marktpreisen zum Bilanzstichtag.

Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten oder im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um linear berechnete planmäßige Abschreibungen, bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen nehmen wir bei darüber hinausgehender dauernder Wertminderung vor.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens ermittelt. Bei der Bewertung wird die Anwartschaftsbarwertmethode zugrunde gelegt. Der Aufwand für die Aufzinsung dieser Rückstellungen wird im sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst.

Allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten wurde durch Bildung entsprechender Rückstellungen Rechnung getragen. Sie werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags bewertet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Entsprechend den Anforderungen der vom Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer verabschiedeten Stellungnahme zur Rechnungslegung (IDW RS BFA 3) „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ haben wir durch eine Berechnung auf der Grundlage der barwertigen Betrachtungsweise nachgewiesen, dass die Bildung einer Rückstellung nach § 340a in Verbindung mit § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB für einen Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs zum Abschlussstichtag nicht

erforderlich ist. Der Berechnung wurde als Saldierungsbereich – entsprechend dem Refinanzierungszusammenhang – das gesamte Bankbuch zu Grunde gelegt. Im Rahmen der Berechnung haben wir die zukünftigen Periodenergebnisbeiträge des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch anfallenden Risiko- und Verwaltungskosten berücksichtigt.

Latente Steuern werden für temporäre Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden ermittelt, die sich voraussichtlich in späteren Geschäftsjahren umkehren. Sie werden unter Anwendung der unternehmensindividuellen Steuersätze (Körperschaftsteuer 15 %, Solidaritätszuschlag 5,5 %, Gewerbesteuer 16,45 %) und der Steuervorschriften bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder gesetzlich verabschiedet sind und deren Geltung zum Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen erwartet wird. Vom Wahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB, die sich nach Saldierung insgesamt ergebenden zukünftigen Steuerentlastungen zu aktivieren, wird kein Gebrauch gemacht. Die zukünftigen Steuerentlastungen betreffen im Wesentlichen die Vorsorgereserven nach § 340f HGB und die Kreditrisikovorsorge.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Fremdwährungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 256a HGB in Verbindung mit § 340h HGB. Dabei sind die Aktiv- und Passivwerte, die auf fremde Währung lauten, zum Referenzkurs der EZB am Bilanzstichtag umgerechnet. Aufwendungen und Erträge gehen zu den Umrechnungskursen des jeweiligen Buchungstages in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Sämtliche Verbindlichkeiten und Ansprüche je Währung sind besonders gedeckt. Daher werden neben den Verlusten auch die Gewinne aus der Währungsumrechnung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Das Ergebnis (7 Tsd. Euro, Vorjahr 6 Tsd. Euro) wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(Alle Tabellenangaben in Tsd. Euro)

FRISTENGLIEDERUNG NACH RESTLAUFZEITEN	31.12.2015	31.12.2014
Aktivseite		
Andere Forderungen an Kreditinstitute mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten	450 450	450 450
Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit	166.135 0	163.470 0
mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten	81.016	83.133
mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	84.873	80.337
mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	246	0
Anleihen und Schuldverschreibungen davon: im Folgejahr fällig	8.003 2.992	6.990 998
Passivseite		
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	19.640	13.650
mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten	19.640	11.650
mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	0	2.000

Anteilige Zinsen werden gemäß § 11 Satz 3 RechKredV nicht nach Restlaufzeiten auf-

gegliedert. Der Ausweis erfolgt grundsätzlich im ersten Laufzeitband.

FORDERUNGEN UND VERBINDLICH- KEITEN GEGENÜBER UNTERNEHMEN, MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVER- HÄLTNIS BESTEHT	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen an Kunden	0	1.309
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	852	111
Eventualverbindlichkeiten	32	32

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen werden zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Wesentliche Transaktionen zu marktüblichen Bedingungen, über die gem. § 285 Nr. 21 HGB zu berichten wäre, haben nicht stattgefunden.

Forderungen an Kunden

Nachrangige Forderungen bestehen in Höhe von 250 Tsd. Euro (Vorjahr 460 Tsd. Euro). Einzelwertberichtigungen für diese Forderungen waren wie im Vorjahr nicht erforderlich.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Sämtliche Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere im Bilanzwert von 8.003 Tsd. Euro (Vorjahr 6.990 Tsd. Euro) sind börsenfähig und börsennotiert.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 1.635 Tsd.

Euro (Vorjahr 419 Tsd. Euro) sind börsenfähig und börsennotiert.

Handelsbestand

Im Handelsbestand werden unverändert ausschließlich Aktien im Bilanzwert von 735 Tsd. Euro (Vorjahr 616 Tsd. Euro) ausgewiesen.

Der Risikoabschlag für die Finanzinstrumente des Handelsbestands beträgt 18 Tsd. Euro (Vorjahr – Tsd. Euro). Er entspricht den die Anschaffungskosten übersteigenden Kurswerten für diese Wertpapiere.

Sämtliche Papiere sind börsenfähig und börsennotiert.

Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden innerhalb des Geschäftsjahres nicht geändert. Umgliederungen von Handels- in den Anlagebestand wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

ANLAGEVERMÖGEN	Wertpapiere	Beteiligungen	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand Vorjahr	11.149	127	330	534	12.140
Zugänge	2.041	0	81	71	2.193
Abgänge	1.072	0	0	11	1.083
Stand 31.12.2015	12.118	127	411	594	13.250
Abschreibungen					
Stand Vorjahr	3.740	0	310	133	4.183
Abschreibungen im Geschäftsjahr	35	0	18	50	103
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	1.227	0	0	0	1.227
Abgänge	68	0	0	10	78
Stand 31.12.2015	2.480	0	328	173	2.981
Restbuchwert					
Stand Vorjahr	7.409	127	20	401	7.957
Stand 31.12.2015	9.638	127	83	421	10.269

Die Sachanlagen betreffen die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

BETEILIGUNGEN	Anteil am Kapital	Geschäftsjahr	Eigenkapital	Ergebnis
Verwaltungsgesellschaft OMS mbH, Hamburg	45 %	2014	275	5
OMS Entwicklungs GmbH & Co. KG, Hamburg	50 %	2014	-378	-199
Objektgesellschaft Rubensstraße 72 mbH, Hamburg	50 %	2014	-215	21

Sonstige Vermögensgegenstände

Der Posten enthält Steuererstattungsansprüche in Höhe von 123 Tsd. Euro (Vorjahr 124 Tsd. Euro) für Vorjahre. Hierbei handelt es sich mit 84 Tsd. Euro (Vorjahr 124 Tsd. Euro) um das ratierlich auszunehmende Körperschaftsteuerguthaben, das unter Verwendung eines Rechnungszinssatzes von 3,86 % zum Barwert angesetzt wurde. Die Restlaufzeit beträgt zwei Jahre. Daneben wird der zum Verkauf bestimmte Grundbesitz ausgewiesen.

Sonstige Verbindlichkeiten

In diesem Posten werden im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus noch abzuführenden Steuern ausgewiesen.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Erfüllungsbetrag anhand der Projected-Unit-Credit-Methode bemessen. Der Bewertung zugrunde gelegte Parameter werden wie folgt berücksichtigt:

- Rechnungszinssatz: 3,89 % p.a. (Vorjahr 4,53 % p.a.)
- Rententrend: 1,75 % p.a. (unverändert)
- Biometrische Rechnungsgrundlagen (Sterblichkeiten): „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. K. Heubeck

Der Zinsanteil der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 14 Tsd. Euro (Vorjahr 15 Tsd. Euro) wird unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme für unter der Bilanz ausgewiesene Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen wird nach den für die Ermittlung von Wertberichtigungen geltenden Grundsätzen vorgenommen. Entsprechende Rückstellungen wurden gebildet.

Die anderen Rückstellungen in Höhe von 1.471 Tsd. Euro betreffen insbesondere personalbezogene Rückstellungen (943 Tsd. Euro) sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (202 Tsd. Euro).

Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 6.850 Tsd. Euro und ist eingeteilt in Stück 137.000 Stammaktien zu je 50 Euro.

Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 2.577 Tsd. Euro.

Die anderen Gewinnrücklagen erhöhten sich gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 30. April 2015 um 1.000 Tsd. Euro und aufgrund von satzungsmäßigen Einstellungen aus dem Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 1.000 Tsd. Euro auf 11.773 Tsd. Euro.

Das aufsichtsrechtliche haftende Eigenkapital stellt sich nach Feststellung des Jahresabschlusses und nach Beschluss über die Gewinnverwendung durch die Hauptversammlung wie folgt dar:

HAFTENDES EIGENKAPITAL	31.12.2015	31.12.2014
Kernkapital		
Grundkapital	6.850	6.850
Kapitalrücklage	2.577	2.577
Gewinnrücklagen	12.773	10.773
Fonds für allgemeine Bankrisiken	7.009	5.000
Abzugsposten (§ 10 Abs. 2a Satz 2 Nr. 2 KWG)	-83	-20
	29.126	25.180
Ergänzungskapital	1.400	750
	30.526	25.930

Fremdwährungsvolumina und Termingeschäfte

In den Aktiva werden auf fremde Währungen lautende Vermögenswerte in Höhe von umgerechnet 724 Tsd. Euro (Vorjahr 928 Tsd. Euro) ausgewiesen. Die Passivseite enthält Schuldposten von 716 Tsd. Euro (Vorjahr 898 Tsd. Euro). Schwebende Kassageschäfte oder Devisentermingeschäfte bestehen nicht.

Am Bilanzstichtag bestanden auch keine sonstigen noch nicht abgewickelten Termingeschäfte.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestanden Zahlungsverpflichtungen aus einem langfristigen Mietvertrag mit einer Restlaufzeit von neun Jahren in Höhe von 2.509 Tsd. Euro.

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Als Sicherheitsleistung für Wertpapierlieferungen und Devisenhandel sind wie im Vorjahr 450 Tsd. Euro bei einem Kreditinstitut hinterlegt. Rentenwerte mit einem Kurswert zum Bilanzstichtag von 3.004 Tsd. Euro (Vorjahr 3.967 Tsd. Euro) sind als Sicherheit an die Deutsche Bundesbank übertragen

und in Höhe von 4.017 Tsd. Euro (Vorjahr – Tsd. Euro) an ein Kreditinstitut verpfändet. Für EUREX-Geschäfte sind Aktien mit einem Kurswert zum Bilanzstichtag von 410 Tsd. Euro (Vorjahr 318 Tsd. Euro) als Sicherheit bei einem Kreditinstitut hinterlegt.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Zinserträge

In diesem Posten weisen wir im Wesentlichen die Zinserträge aus der Bauzwischenfinanzierung von Wohnimmobilien aus.

In den Zinserträgen sind negative Habenzinsen in Höhe von 11 Tsd. Euro enthalten.

Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen enthalten fast ausschließlich die Refinanzierungskosten aus unseren Kundeneinlagen.

Provisionserträge

Die Provisionserträge entfallen im Wesentlichen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung und Verwaltung von Wertpapieren sowie auf kurzfristige Zwischenfinanzierungen im Kreditgeschäft.

Provisionsaufwendungen

Die Aufwendungen für Dienstleistungen im Bereich Vermögensanlage (z.B. Trans-

aktionsentgelte) und Kreditgeschäft (z.B. Vermittlungsprovisionen) werden in diesem Posten ausgewiesen.

Nettoertrag des Handelsbestands

Der Ausweis betrifft das Handelsergebnis aus Eigenhandelsgeschäften mit Wertpapieren des Handelsbestands und Zuschreibungen aufgrund des Wertaufholungsgebots sowie die laufenden Erträge des Handelsbestands.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Auflösungen von nicht mehr benötigten Rückstellungen für Rechtsrisiken.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen / Personalaufwand

Die Vorjahreszahl in den Unterposten „Löhne und Gehälter“ sowie „Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung“ haben wir an die detailliertere Betragsermittlung im Geschäftsjahr 2015 angepasst.

Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren

Die Erträge betreffen fast ausschließlich die vorgeschriebene Wertaufholung bei Wertpapieren des Anlagevermögens.

Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

In diesem Posten ist ein Aufwand von 9 Tsd. Euro aus der Zuführung des Sonderpostens gemäß § 340e Abs. 4 Satz 2 Nr. 1 HGB enthalten.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

In der Steuerposition wirken sich auch die Ergebnisse der letzten steuerlichen Betriebsprüfung aus. Insbesondere die steuerliche Beurteilung von Wertberichtigungen auf Forderungen führte zu einem vom handelsrechtlichen Ergebnis abweichenden zu versteuernden Einkommen.

Die Ertragsteuern entfallen mit 0,4 Mio. Euro auf frühere Geschäftsjahre.

Bilanzgewinn und Ergebnisverwendung

Der Bilanzgewinn beträgt 1.358 Tsd. Euro (Vorjahr 1.364 Tsd. Euro). Er enthält auch den Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 22 Tsd. Euro.

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von 2,50 Euro (wie im Vorjahr) je 50 Euro Stammaktie zu zahlen, weitere 1.000 Tsd. Euro in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und 16 Tsd. Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

SONSTIGE ANGABEN

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden wie im Vorjahr 36 Mitarbeiter/-innen beschäftigt. Davon waren 12 (Vorjahr 13) weiblich und 24 (Vorjahr 23) männlich. Zum Jahresende 2015 waren unverändert 11 Teilzeitkräfte beschäftigt.

Bezüge und Kredite der Organe

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2015 beträgt wie im Vorjahr 36 Tsd. Euro.

Hinsichtlich der Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands gemäß § 285 Nr. 9a HGB sowie der Hinterbliebenenbezüge gemäß § 285 Nr. 9b HGB haben wir von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands waren wie im Vorjahr keine Kredite vergeben.

ABSCHLUSSPRÜFERHONORARE	2015	2014
Abschlussprüfungsleistungen	102	101
Andere Bestätigungsleistungen	16	14
Steuerberatungsleistungen	-	-
Sonstige Leistungen	6	2
	124	117

Es werden die als Aufwand erfassten Honorare ohne Umsatzsteuer ausgewiesen. Sie betreffen in Höhe von 2 Tsd. Euro das Geschäftsjahr 2014.

Country by Country Reporting

Im Rahmen der Umsetzung des Artikels 89 EU-Richtlinie 2013/36 (Capital Requirements Directive, CRD IV) wurde in § 26a KWG Angabepflichten zur länderbezogenen Aufgliederung bestimmter Informationen aufgenommen:

Firma:	Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft
Art der Tätigkeit:	Kreditinstitut
Geographische Begebenheit:	Hamburg
Umsatz:	13.718 Tsd. Euro
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger:	29 Vollzeitäquivalente
Gewinn vor Steuern:	5.689 Tsd. Euro
Steuern auf Gewinn:	3.350 Tsd. Euro
Erhaltene öffentliche Beihilfen:	-

Die Bank unterhält keine Niederlassungen im Ausland, somit beziehen sich sämtliche Angaben auf Deutschland. Weiterhin unterliegt die Bank keiner Konsolidierungspflicht.

ORGANE

Aufsichtsrat

Günter Sternberg	Vorsitzender Rechtsanwalt, Hamburg
Guido M. Sollors	stellv. Vorsitzender Geschäftsführender Gesellschafter Sollors & Co. (GmbH & Co. KG), Hamburg
Nils Hansen <i>(bis 30. Juni 2015)</i>	Persönlich haftender Gesellschafter H&R Gruppe, Hamburg
Tom Kemcke <i>(ab 30. Juni 2015)</i>	Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner Sozietät Esche Schümann Commichau, Hamburg

Vorstand

Helmuth Spincke	Vorsitzender
Martin von Hirschhausen	

Hamburg, den 19. April 2016

Otto M. Schröder Bank AG
Aktiengesellschaft


Helmuth Spincke


Martin von Hirschhausen

BESTÄTIGUNGSVERMERK des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungs-

handlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang

mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 19. April 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Olschewski	Brandt
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

BERICHT des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2015 hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben sorgfältig wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstands regelmäßig überwacht und geprüft. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank waren, frühzeitig eingebunden und hat insbesondere die strategische Weiterentwicklung beratend begleitet.

Der Vorstand berichtete dem Aufsichtsrat regelmäßig zeitnah und umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über die Geschäftsentwicklung, die Planung, die Projekte und die Situation der Bank einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements. Dazu erhielt der Aufsichtsrat vom Vorstand unter anderem monatlich einen detaillierten Bericht über die aktuelle Geschäfts- und Risikosituation sowie quartalsweise den ausführlichen Risikobericht. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen hat der Vorstand im Einzelnen mit dem Aufsichtsrat ausführlich erläutert. Der Aufsichtsrat konnte stets ein aussagefähiges Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank gewinnen.

Der Aufsichtsrat kam im Geschäftsjahr 2015 zu insgesamt vier Sitzungen zusam-

men. Über eilbedürftige Angelegenheiten wurde zudem schriftlich entschieden.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem in der ordentlichen Hauptversammlung am 30. April 2015 gewählten Abschlussprüfer KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft worden. Die Prüfung führte zu keinen Einwendungen. Danach vermittelt der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft. Der Prüfungsbericht wurde allen Mitgliedern des Aufsichtsrats ausgehändigt. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 3. Mai 2016 teil. Er erläuterte die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete Fragen zum Jahresabschluss und zum Prüfungsbericht.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht ebenfalls geprüft und das Prüfungsergebnis der Wirtschaftsprüfer zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfungen des Aufsichtsrats sind keine Einwendungen gegen den Jahresabschluss zu erheben. Der Aufsichtsrat hat daher in sei-

ner Sitzung am 3. Mai 2016 den Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre im Geschäftsjahr 2015 geleistete, erfolgreiche Arbeit.

Hamburg, den 3. Mai 2016

RA Günter Sternberg
Vorsitzender des Aufsichtsrats



OTTO M. SCHRÖDER BANK AG

Axel-Springer-Platz 3
20355 Hamburg

Tel.: (040) 359 28-0

Fax: (040) 359 28-101

www.schroederbank.de